

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Kiepsch & Reichardt in Dresden.

**Lobeck & Co.** | **Carola-Chocolade.**  
Hoflieferanten Sr. Maj. d. Königs v. Sachsen. | Einzelverkauf: Dresden, Altmarkt 2.

Hauptgeschäftsstelle:  
Marienstraße 38/40.

**Verlagsstelle:**  
Königsplatz 10. Dresden.  
Telefon: 11 2096 - 3601.

**Anzeigen-Tarif**  
Zeilen von 10 bis 12  
1. bis 3. Tag 1/2 Mark  
4. bis 7. Tag 1/3 Mark  
8. bis 14. Tag 1/4 Mark  
15. bis 30. Tag 1/5 Mark  
über 30 Tage 1/6 Mark  
Langfristige Anzeigen  
auf Verlangen zu besonderen  
Bedingungen.  
Anzeigen für den  
Auslandverkehr  
auf Verlangen zu besonderen  
Bedingungen.  
Anzeigen für den  
Auslandverkehr  
auf Verlangen zu besonderen  
Bedingungen.

**Zuverlässige, richtiggehende Uhren**  
Neueste Uhrketten, Ringe, Trauringe  
empfehlen **Aug. Reinhardt, Wettinerstr. 3, III.**  
Fernsprecher 0145

**Zacherlin**  
aber nur in Flaschen, wo Plakate aushängen.

**Zu Frühjahrskuren**  
Lösen sich alle Leiden für Mischkuren bei **Korpulenz**  
empfehlen. Annehmungen werden jederzeit entgegenkommen in der  
**Löwen-Apotheke zu Dresden.** Fernspr. 452.

**Tuchwaren.** Grossartige Auswahl hoch aparter Neuheiten in deutschen u. engl. Qualitäten, streng solide Ware, ausserordentlich billige Preise. **C. H. Hesse Nchf., Marienstr. 20, 3 Raben.**

### Für eilige Leser.

**Nutmögliche Witterung:** Mühl. veränderlich.  
Von dem Preisgericht über die Entwürfe für das neue Schauspielhaus in Dresden wurden die Arbeiten des Architekten Prof. Diller und der Firma Poffow und Kühne als die besten anerkannt und mit je 3000 Mark ausgezeichnet.  
In der Bremer Skandalaffäre wegen Verwehrens gegen § 175 R.-St.-G.-B. sind bis jetzt 10 Verurteilungen vorgenommen worden; die Zahl der Opfer beläuft sich auf 36 junge Leute.  
Zwei Bonner Borussen wurden wegen gemeinschaftlichen Hausfriedensbruchs im Falle Reith zu je 14 Tagen Gefängnis verurteilt.  
Die Voruntersuchung wegen der Mülheimer Eisenbahnkatastrophe ist jetzt abgeschlossen.  
Der Deutsche Seefischereiverein beging in Berlin die Feier seines 25jährigen Bestehens.  
Im Stuttgarter „Simplicissimus“-Prozess beantragte der Staatsanwalt gegen den Angeklagten Gulbranson eine Gefängnisstrafe von 3 Monaten.

### Ein Riesenkampf.

Die Hoffnungen derer, die von einem Eingreifen des Reichsamts des Innern in den Streit der Arbeitgeber und Arbeitnehmer im Baugewerbe eine friedliche Lösung erwarteten, sind nunmehr als gescheitert zu betrachten. Die Verhandlungen sind nach zweifelhafte Beratung als aussichtslos abgebrochen worden, und wenn nicht in letzter Stunde noch Zeichen und Wunder geschehen, so wird am 15. April ein Kleinkampf beginnen, wie ihn das Deutsche Reich nicht oft erlebt hat. Auf der einen Seite steht die reichhaltige Baulanz der etwa 22000 Arbeitgeber mit ihrem riesigen Kapital, auf der anderen Seite die Organisation der Bauarbeiter, auch die christlichen Verbände, mit ihren 400000 Mitgliedern, die in diesem Kampfe die Sympathie und tatkräftige Unterstützung der ganzen deutschen Arbeiterschaft finden wird. Wie der Kampf enden wird, ist noch nicht abzusehen. Auf jeden Fall aber bedeutet er eine ungeheure Schädigung des deutschen Nationalwohlstandes, und darum ist die Verantwortung, die die Anführer in diesem Streite auf sich laden, riesengross.  
Wirtschaftliche Kämpfe sind ohne jede Sentimentalität zu betrachten, sie sind Machtkämpfe, bei denen der finanziell Schwächere unterliegen muß. Ob im Baugewerbe die Arbeitgeber oder die Arbeitnehmer die Stärkeren sind, ist so ohne weiteres nicht festzustellen. Die Gewerkschaften verfügen über große Vermögen und sind dank ihrer straffen Organisation wohl in der Lage, den Kampf, der ihnen notwendig etwa fünf Millionen Mark kosten dürfte, längere Zeit auszuhalten, zumal bei der bekannten Opferwilligkeit der deutschen Arbeiterschaft den Ausgesparten Millionen zuzufinden werden. Der Arbeitgeberbund im deutschen Baugewerbe umfaßt dagegen nur etwa ein Drittel sämtlicher Unternehmer im Baugewerbe, und bei den Verhandlungen hat sich herausgestellt, daß im Verbande durchaus keine Einmütigkeit besteht. Die etwa 500 Unternehmer umfassende Ortsgruppe Berlin steht z. B. auf einem anderen Standpunkte als der Verband und hofft, durch Verhandlungen mit den Arbeitnehmern noch zu einer Einigung zu kommen. In Hamburg haben sich Unternehmer und Arbeiter bereits geeinigt, und es unterliegt keinem Zweifel, daß dadurch die Stellung der Bauarbeiter erheblich gehärtet wird. Immerhin verfügt das Unternehmertum über riesigen Kapitalen, die ihm, falls es einig bleibt, wohl zum Siege verhelfen können.  
Der kritische Punkt in den Verhandlungen war die Forderung der Arbeitgeber, einen für ganz Deutschland einheitlichen Tarifvertrag abzuschließen. Die Vertreter der Arbeiterverbände waren entschieden gegen diese Forderung und verlangten einen Tarifabschluß auf lokaler Grundlage. Ein weiterer vielumrittener Punkt betrifft die Organisationsfrage und das Agitationsrecht. Nach den bisherigen Bestimmungen galt das Verbot der Agitation unter den Arbeitnehmern nur für die eigentliche Arbeitszeit, für die Arbeitspausen war sie gewissermaßen freigegeben. Die Arbeitgeber verlangen nun die Einführung folgenden Satzes in die Verträge: „Der Fall der Beschäftigung ist dann gegeben, wenn ein Arbeiter, nachdem er es sich verbeten hat, weiter mit Organisations-Angelegenheiten angesprochen wird. Der Zutritt zu den Arbeitsstellen ist anderen als den dort beschäftigten Personen

ohne Erlaubnis des Arbeitgebers nicht gestattet.“ Diese Forderung der Arbeitgeber ist ohne Frage berechtigt, und die Arbeitnehmer hätten gut daran getan, in diesem Falle nachzugeben. Ebenso haben sich die Arbeitnehmer mit der schroffen Ablehnung der Punkte, die die Affordarbeit und den Arbeitsnachweis betreffen, sicherlich ins Unrecht gesetzt. Ein partieller Arbeitsnachweis würde über kurz oder lang eine unerträgliche Störung sozialdemokratischer Einflüsse bedeuten und dahin führen, daß die Arbeitgeber bald nicht mehr Herren im eigenen Hause wären. Der Unternehmer muß aber das Recht haben, zu bestimmen, wen er einstellen will oder nicht. Er hat es mit seinem Vermögen und mit seiner Freiheit für die Ausführung des Baues, er schafft überhaupt erst die Arbeitsgelegenheit, er muß daher diese seine Stellung auch bewahren können. Er kann sich nicht der Willkür der Gewerkschaften unterwerfen, vor allem nicht der unverantwortlichen Gewerkschaftsführer, da er allein für den Bau verantwortlich ist. Trotz alledem kann nicht geleugnet werden, daß der nunmehr erfolgte Abbruch der Einigungsverhandlungen sehr zu bedauern ist. Nicht nur wegen des unberechenbaren Schadens, den der bevorstehende Kampf dem Nationalwohlstande des deutschen Volkes zufügen wird, sondern auch aus anderen Gründen. So berechtigt auch die meisten Forderungen der Unternehmer sind, so ist doch nicht zu übersehen, daß die Arbeitgeber bei den letzten Verhandlungen im Reichstagsgebäude den Vermittlungsverschlüssen des Regierungskommissars gegenüber eine derartig ablehnende Haltung eingenommen haben, daß den Arbeitnehmern weiteres Entgegenkommen sehr erschwert worden ist. Die Vertreter der Arbeitnehmer sind aber in der Tat den Unternehmern sowohl wie dem Vertreter der Regierung in bisher ungewohnter Weise entgegengekommen. Geheimrat Dr. Wiedfeldt, der im Auftrage des Reichsamts des Innern das undankbare Amt des ehrlichen Mallers übernommen hatte, hatte zunächst den Vorschlag gemacht, drei Unparteiische zu wählen, denen als eine Art Schiedsgericht alle kritischen Punkte zur Entscheidung vorzulegen seien. Diese drei Unparteiischen sollten bei den Verhandlungen den Vorsitz führen. Während die Arbeitervertreter dem Regierungsvorschlage zustimmten, lehnten ihn die Arbeitgeber glatt ab. Der Regierungskommissar machte nun den Vorschlag, in die Beratung der kritischen Punkte einzutreten. Beide Parteien verhandelten über den neuen Vorschlag geheim, und wiederum erklärten sich die Arbeitervertreter dazu bereit, während die Arbeitgeber nur dann in die Beratung eintreten wollten, wenn zunächst über die Frage der Arbeitszeit verhandelt würde. Mit Recht wies Geheimrat Dr. Wiedfeldt darauf hin, daß er dazu keinen Auftrag habe. Er habe hier nur über die bereits erörterten kritischen Punkte zu verhandeln. Die Frage der Arbeitszeit steht aber in der Tat außerhalb der jetzt in Betracht kommenden Streitfragen. Nun ist in den Resolutionen der Maurer und Bauhilfsarbeiter allerdings auch die Forderung aufgeführt, der Arbeitgeberbund solle seine „zwar außerhalb des Vertragsumfusses, aber doch damit im Zusammenhang stehenden Beschlüsse über Lohnhöhe und Arbeitszeit aufheben“. Daraus beriefen sich die Arbeitgeber und erklärten, sie könnten sich nicht auf Verhandlungen einlassen, solange diese Resolutionen aufrechterhalten würden. Auch hier zeigten die Arbeiterverbände einiges Entgegenkommen, und der Abgeordnete Boemelburg gab die Erklärung ab, die Verbände ständen auf dem Boden dieser Resolutionen, sollten diese jedoch zurückgezogen werden, so müßten die Unternehmer zunächst ihren Vorschlag, die Arbeitszeit in die Verhandlungen hineinzuziehen, wieder rückgängig machen. Der Regierungsvertreter erbat dann weitere Vorschläge, die Arbeitgeber erklärten aber dazu, nicht in der Lage zu sein, und so mußten die Verhandlungen abgebrochen werden.  
Welche Beweggründe die Unternehmer zu diesem Verhalten veranlaßt haben, geht aus den bisherigen Nachrichten nicht klar hervor. Möglicherweise haben sie die Verhandlungen von Anfang an für aussichtslos gehalten und hinter der entgegenkommenden Haltung der Arbeitervertreter irgendeinen taktisch berechneten Schachzug vermutet. Auf jeden Fall bleibt aber für die Allgemeinheit der Eindruck bestehen, daß das Entgegenkommen der Arbeitnehmer an der ablehnenden Haltung der Unternehmer zu schanden geworden ist. Es wird nicht ausbleiben, daß die Arbeiter daraus Kapital schlagen werden und die öffentliche Meinung Deutschlands für sich zu gewinnen versuchen werden, und diese moralische Unterstützung ist in dem beginnenden Riesenkampf nicht zu unterschätzen. Daß in der

Tat eine Einigung möglich gewesen wäre, beweist der Ausgang der Verhandlungen in Hamburg, dort sind sich beide Parteien entgegengekommen und haben einen Frieden auf drei Jahre erzielt, ebenso sind die Verhandlungen in Groß-Berlin auf dem besten Wege zur Einigung. Die Möglichkeit bleibt allerdings bestehen, daß das jetzige negative Ergebnis der Einigungsverhandlungen auch für Berlin unangünstige Folgen haben wird. Vor allem aber muß man es bedauern, daß das Eingreifen der Regierung keinen Erfolg gehabt hat. Bisher hat sowohl die Reichsregierung wie die preussische Regierung jede Einmischung in wirtschaftliche Streitfragen streng vermeiden. Fürst Bälow lehnte sogar bei dem großen Bergarbeiterstreik im Jahre 1907 jede Vermittlung von Seiten der Regierung ab und empfing nicht einmal die Vertreter der Bergarbeiter. Jetzt hat die Reichsbehörde diesen Standpunkt zum ersten Male aufgegeben; das ist ein sozialpolitisches Ereignis ersten Ranges. Die Persönlichkeit des Regierungsvertreters Dr. Wiedfeldt war auch durchaus dazu angetan, die Einigung zu fördern, da er dank seiner Tätigkeit als Beigeordneter in Gien und bei den Einigungsverhandlungen vor zwei Jahren in Berlin bei Arbeitgebern wie bei Arbeitnehmern großes Ansehen geniesst. Um so bedauerlicher, daß seinen Bemühungen der Erfolg verjagt blieb. Die Folge wird sein, daß das Reichsamt des Innern künftighin auf alle Vermittlungsversuche verzichtet. Das ist ein trauriges Ergebnis der Einigungsverhandlungen, die nicht zur Vermittlung, sondern zum Kampfe geführt haben.

Ueber den weiteren Verlauf der Generalaussperrung im deutschen Baugewerbe liegen folgende Drohnachrichten vor:  
Berlin. (Priv.-Tel.) Der Vorstand des Deutschen Arbeitgeber-Bundes für das Baugewerbe erklärt eine längere Darlegung, an deren Schluß es heißt: „Da hiernach keinerlei Aussichten auf friedliche Vereinbarung des Arbeitsverhältnisses vorhanden sind, bleibt dem Vorstände des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe in Befolg des ihm von der Dresdner Hauptversammlung gewordenen Auftrags zur Erreichung eines vorläufigen Vertrages nichts übrig, als zu dem Mittel zu greifen, das die Arbeiter zur Durchsetzung ihrer Forderungen in zahllosen Fällen selbst angewandt haben: Zur Stilllegung der Betriebe.“  
Braunschweig. (Priv.-Tel.) Der Arbeitsausschuß des Landes-Arbeitgeberverbandes Braunschweig hat beschlossen, alle lokalen Verbände des Berufsstandes aufzufordern, den Mitgliedern die Stilllegung ihrer Betriebe zum 15. d. M. unter Wahrung der bestehenden Kündigungsfrist zu empfehlen und die organisierten Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter zu entlassen.  
Dalle. (Priv.-Tel.) Zahlreiche Baufirmen begannen heute mit Arbeiterentlassungen. Eine Generalaussperrung in nächster Woche gilt als sicher.

### Neueste Drahtmeldungen

vom 9. April

**Die Einweihung der Selbergläubung in Jerusalem.**  
Jerusalem. Heiliges Glockengeläut verkündete den Beginn der kirchlichen Einweihung der Selbergläubung in der Himmelfahrtskirche. Pünktlich um 9 Uhr erfolgte der feierliche Einzug über die Freitreppe des Turmes durch das untere Kirchenportal und sodann durch den Mittelgang der Kirche nach dem Altarraum. An der Spitze des Zuges schritt die aelteste Weisheit mit den kirchlichen Geräten und dem vom Kaiser und der Kaiserin geschnittenen Bibeln. Die vom Orgelbauer Zauer herrührende außerordentlich schön klingende Orgel, die von der Organistin der englischen Kirche gespielt wurde, stimmte zunächst die Melodie des Reformationssonges „Ein feste Burg ist unser Gott“ und sodann die Nationalhymne an, hierauf den wehbevollen Choral „Hier liegt vor deiner Majestät“. Inzwischen hatten die prinzipalen Herrschaften rechts vom Altar Platz genommen. Nach Beendigung des feierlichen Einzuges stimmte der aus annähernd 100 Kindern, Diakonissen und Mitgliedern des unter dem Protektorat der Kaiserin stehenden Vereins Frauenthule in Jassa gebildete Chor das Lied „Loblied Gottes, freue dich“ an. Die Weiberrede hielt der Oberkonsistorialrat Vahjen über die vom Kaiser und der Kaiserin in die gespendeten Bibeln eingetragenen Worte „Einem andern Grund kann niemand legen, außer dem, der gelegt ist, welcher ist Jesus Christus“ und „Wir ist gegeben alle Gewalt im Himmel und auf Erden“. Während der Weisheit zum Weiseprediger niederkniete, ertönte mit mächtigem Klange die große Glocke „Herrenmeister“. Die Predigt hielt Probst Veremias über das Schriftwort „Friede sei mit euch“. Hierauf folgte Herr Sturberg-Kaiserwerth die den Dienst in der Stistung wahrnehmenden Kaiserwerther Schwestern in ihr Amt ein. Ein eindrucksvolles Gebet und Segen

Jede Seite ist ein Blatt von Friedrich's Gleichheit